



Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der
Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen
Entwicklung bekommen?

Ergebnisbericht der 10. Runde der Europäischen HausParlamente

Inhalt

Vorwort	2
Einleitung.....	3
1. Zahlen und Fakten zur 10. Runde der EHP.....	4
2. Politische Dialogpartner:innen der 10. Runde der EHP	4
3. Eindrücke aus der 10. Runde der EHP	6
4. Ergebnisse der 10. Runde der EHP	8
4.1 Vorschlag 1: Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer	8
4.2 Vorschlag 2: EU-weite Garantie eines Mindestmaßes an Sozialleistungen.....	10
4.3 Verstärkte EU-Förderung von Sprunginnovationen.....	12
4.4 Überfrage: Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bekommen?	14
5. Zusammenfassung.....	15

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen HausParlamente,

die 10. Runde der Europäischen HausParlamente (EHP) stand ganz im Zeichen wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Angesichts der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 richtete sich der Fokus dieser Jubiläumsrunde auch auf Themen, die für die deutsche Innenpolitik von Bedeutung sind. Zugleich war es uns ein Anliegen, ein Thema aufzugreifen, das in früheren Runden unseres beliebten Bürger:innen-Dialogformats bislang zu kurz gekommen war: Wie können wir Europa sozialer und innovativer gestalten?

Daher lautete die zentrale Fragestellung dieser Runde:

Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bekommen?

Zwischen dem 14. Februar und dem 22. April 2025 kamen über 200 Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern in 29 Europäischen HausParlamenten zusammen. Sie diskutierten intensiv über die Leitfrage sowie über drei konkrete europapolitische Vorschläge:

- die Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer,
- einheitliche europäische Mindeststandards bei Sozialleistungen
- und die gezielte Förderung sogenannter Sprunginnovationen, etwa im Bereich Künstliche Intelligenz.

Dieser Ergebnisbericht gibt einen Überblick über die Abstimmungsergebnisse der 10. Runde und präsentiert ausgewählte Argumente, die von den Teilnehmenden eingebracht wurden.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Freude beim Lesen, Nach- und Weiterdenken – und hoffen, dass die Ergebnisse ein Impuls dafür sind, unsere europäische Demokratie gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Zukunft gehört Europas Demokratie!

Herzliche Grüße

Euer Team der EHP von Pulse of Europe

Einleitung

Europa im Krisenmodus – und wir mittendrin

2025 ist ein Jahr großer Herausforderungen – für Europa, für Deutschland, für die Welt. Täglich spitzt sich die geopolitische Lage weiter zu: Handelskriege, politische Spannungen und der wachsende Einfluss autoritärer Regime setzen unsere freiheitlichen Gesellschaften unter Druck. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an, gleichzeitig erleben wir eine tiefe wirtschaftliche Unsicherheit – mit Folgen, die auch im Alltag der Menschen spürbar sind: Inflation, soziale Ungleichheit, Fachkräftemangel und ein Gefühl wachsender Ungerechtigkeit.

Bundestagswahl trifft Europapolitik

In dieser angespannten Lage fand im Februar 2025 eine vorgezogene Bundestagswahl statt – ein innenpolitisches Ereignis mit weitreichender Bedeutung, auch für Europa, das sich auch in der Themenwahl der 10. Runde der Europäischen HausParlamente widerspiegelt. Europa- und bundespolitische Fragen waren in dieser Runde eng miteinander verknüpft.

Ein sozialeres und innovativeres Europa denken

Wir wollten dort ansetzen, wo viele Bürger:innen Politik derzeit als zu abgehoben und realitätsfern empfinden – bei konkreten Fragen zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenleben in Europa. Denn während sich weltweit autoritäre Regime gestärkt fühlen, ist es umso wichtiger, das demokratische Gespräch zu suchen. Unser beliebtes Dialogformat bietet dafür seit Jahren den Raum: offen, niedrigschwellig und mit dem Anspruch, europäische Themen greifbar zu machen.

Die Leitfrage dieser Runde

Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bekommen?

Debatte, Austausch, Abstimmung

Zwischen dem 14. Februar und dem 22. April 2025 kamen über 200 Menschen in 29 Europäischen HausParlamenten zusammen, um über diese Fragen zu debattieren und abzustimmen. Wie immer konnten die Teilnehmenden ihre Positionen im offenen Austausch entwickeln, Argumente teilen und anschließend ihre persönliche Bewertung auf einer Skala von 1 bis 10 abgeben.

Ein Stimmungsbild für Europas Zukunft

Die daraus resultierenden Ergebnisse flossen in ein europäisches Stimmungsbild ein, das wir Ihnen in diesem Bericht präsentieren – ergänzt um eine Auswahl prägnanter Argumente aus den HausParlamenten selbst.

Danke fürs Mitmachen!

Wir danken allen Teilnehmenden, Gastgeber:innen, Unterstützer:innen und Partnern, die diese Runde der Europäischen HausParlamente möglich gemacht haben. In einer Zeit, in der Polarisierung zunimmt und Vertrauen schwindet, setzen wir mit dem EHP ein Zeichen: für Dialog, für Zusammenhalt – und für eine soziale, innovative und demokratische Zukunft Europas.

1. Zahlen und Fakten zur 10. Runde der EHP

Insgesamt **201 engagierte Bürger:innen** haben sich an der 10. Runde der Europäischen HausParlamente beteiligt – und damit einmal mehr gezeigt, wie groß das Bedürfnis nach Austausch über europapolitische Fragen ist.

29 HausParlamente kamen in diesem Zeitraum zusammen, davon **18 in Präsenz** und **11 online**. Damit wurden **62 Prozent der Sitzungen vor Ort** und **38 Prozent digital** durchgeführt – ein deutliches Zeichen dafür, dass das hybride Format weiterhin gut funktioniert und flexibel auf die Bedürfnisse der Gastgeber:innen und Teilnehmenden reagiert.

Die HausParlamente fanden in **drei verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten** statt. Der weitaus größte Teil – **27 Sitzungen** – wurde in Deutschland abgehalten, zwei weitere in anderen Ländern der Europäischen Union. Diese internationale Beteiligung unterstreicht den europäischen Charakter des Formats – auch jenseits nationaler Grenzen.

2. Politische Dialogpartner:innen der 10. Runde der EHP


Auch in der 10. Runde der Europäischen HausParlamente war es uns ein zentrales Anliegen, dass die Ergebnisse aus den Diskussionen nicht in der Schublade verschwinden – sondern dort ankommen, wo politische Verantwortung getragen wird: bei den Entscheidungsträger:innen in Europa.

Gerade beim Thema soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist es wichtig, dass die Stimmen der Bürger:innen gehört und ernst genommen werden. Der offene Austausch zwischen Bevölkerung und Politik ist deshalb kein bloßes Begleitprogramm der EHP – er ist ihr Herzstück.

Umso mehr freuen wir uns, dass wir auch in dieser Runde wieder ein breites Spektrum an **politischen Dialogpartner:innen** gewinnen konnten. Sie stehen für unterschiedliche politische Richtungen und Perspektiven – und alle eint die Bereitschaft, sich mit den Ergebnissen der HausParlamente auseinanderzusetzen und in den Dialog zu treten.

Im Folgenden stellen wir die beteiligten Europa-Politiker:innen vor, die sich zur Leitfrage sowie zu den drei konkreten Vorschlägen positioniert haben.

<p>◆ Katarina Barley, MdEP <i>Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments</i> Fraktion: S&D (Progressive Allianz der Sozialdemokraten)</p>	
<p>◆ Manfred Weber, MdEP <i>Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion</i> Fraktion: EVP (Europäische Volkspartei)</p>	
<p>◆ Lena Düpont, MdEP Fraktion: EVP (Europäische Volkspartei)</p>	

<p>◆ Jutta Paulus, MdEP Fraktion: Greens/EFA (Die Grünen / Freie Europäische Allianz)</p>	
<p>◆ Sergey Lagodinsky, MdEP Fraktion: Greens/EFA (Die Grünen / Freie Europäische Allianz)</p>	
<p>◆ Jan-Christoph Oetjen, MdEP Fraktion: Renew Europe (Renew Europe)</p>	
<p>◆ Gaby Bischoff, MdEP Fraktion: S&D (Progressive Allianz der Sozialdemokraten)</p>	
<p>◆ Martin Schirdewan, MdEP Fraktion: The Left (Die Linke)</p>	

3. Eindrücke aus der 10. Runde der EHP

Auch in dieser 10. Runde der Europäischen HausParlamente haben uns wieder zahlreiche inspirierende Bilder und Rückmeldungen erreicht – und sie zeigen: Über Europa zu diskutieren kann nicht nur tiefgründig und spannend sein, sondern auch richtig Freude machen.

EUROPEAN HOME PARLIAMENTS



Ob am Küchentisch, in der Lieblingskneipe, im Klassenzimmer, im Park oder im Videochat – überall dort, wo Menschen miteinander ins Gespräch kommen, entsteht europäische Demokratie zum Anfassen. Auf dem Europa-Fest, bei Pulse of Europe-Ständen oder im privaten Wohnzimmer: Die EHPs fanden an den unterschiedlichsten Orten statt und vereinten Menschen verschiedenster Generationen und Hintergründe.

Diese Vielfalt an Begegnungen macht das Format so lebendig – und wir freuen uns, hier einige Eindrücke aus der aktuellen Runde mit Euch zu teilen. Sie zeigen: Europa lebt vom Dialog. Und der beginnt oft im Kleinen – mit einer Einladung, einem Gespräch, einer Frage.





4. Ergebnisse der 10. Runde der EHP

Im folgenden Abschnitt präsentieren wir die **Abstimmungsergebnisse** zur zentralen Überfrage sowie zu den drei konkreten europapolitischen Vorschlägen dieser Runde.

Dabei geht es nicht nur um Zahlen: Ebenso spannend sind die vielfältigen **Pro- und Contra-Argumente**, die von den Teilnehmenden in die Diskussion eingebracht wurden. Sie spiegeln das breite Meinungsspektrum wider, machen unterschiedliche Perspektiven sichtbar – und zeigen, wie lebendig und tiefgründig europäische Bürgerbeteiligung sein kann.

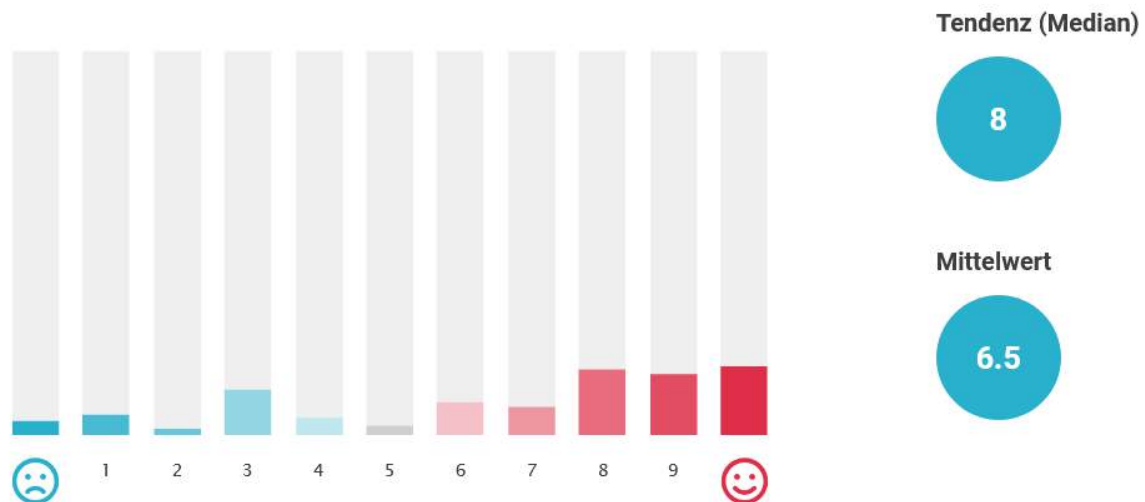
4.1 Vorschlag 1: Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer

Frage:

Soll eine EU-weite Vermögenssteuer eingeführt werden, um Ungleichheiten entgegenzuwirken und EU-Projekte zu finanzieren?

Das Meinungsbild der Teilnehmenden zeigt eine **grundsätzlich zustimmende Haltung** gegenüber diesem Vorschlag. Auf der Skala von 1 (auf gar keinen Fall) bis 10 (volle Zustimmung) ergab sich ein **Durchschnittswert von 6,5**.

Der **Medianwert lag bei 8**, was eine klare Tendenz in Richtung Zustimmung widerspiegelt. Besonders auffällig: **Die häufigste Einzelwertung war eine glatte 10** – also volle Zustimmung zur Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer.



Diese Ergebnisse deuten auf eine spürbare Offenheit gegenüber stärkeren europäischen Maßnahmen zur Verringerung sozialer Ungleichheiten und zur Finanzierung gemeinsamer Projekte hin.

Die Teilnehmenden der 10. Runde der Europäischen HausParlamente haben zu den diskutierten Vorschlägen eine breite Palette von Argumenten eingebracht. Diese reichen von konkreten Lösungsvorschlägen bis hin zu kritischen Bedenken, die eine vertiefte Diskussion über die Umsetzbarkeit und die Auswirkungen auf die europäische Gesellschaft anregen.

Pro-Argumente

Ein zentrales **Pro-Argument** für die Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer ist die Möglichkeit, **zusätzliche Förder- und Innovationsprojekte** zu finanzieren. Mit den Einnahmen aus der Steuer könnten **gesellschaftliche Teilhabe** und die **Aufstiegschancen** von Menschen aus unteren und mittleren Schichten gezielt gestärkt werden. Einige Teilnehmende sehen in einer solchen Steuer auch die Chance, den **Steuervermeidungs-Wettbewerb innerhalb der EU** zu beenden und eine **gerechtere Finanzierungsstruktur** für staatliche Leistungen zu schaffen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass durch eine Verlagerung der **Steuerzuständigkeiten auf europäischer Ebene** der **nationale Steuerwettbewerb** in der EU unterbunden werden könnte, was die **Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten** fördern würde. In diesem Zusammenhang sehen viele Teilnehmende die europäische Ebene als geeignet, um diese **Steurgerechtigkeit** zu gewährleisten.

Contra-Argumente

Auf der anderen Seite gibt es kritische Stimmen, die den Vorschlag als wenig praktikabel erachten. Ein Hauptargument betrifft die Frage nach der **Umsetzbarkeit** einer solchen Steuer. Die **Berechnung des Vermögens**, insbesondere von **Betriebsvermögen**, wird als **heikel** angesehen, da unklar bleibt, wie **produktives Vermögen** ermittelt werden sollte. Zudem wird die **teure Erhebung** einer solchen Steuer als problematisch angesehen, da bereits der **EU-Finanzausgleich** bestehende Ungleichheiten ausgleicht.

Ein weiteres **Contra-Argument** ist, dass die Verlagerung von Steuerzuständigkeiten auf die europäische Ebene das **Image der EU** als **bürokratische, bürgerferne Institution** weiter verstärken könnte. Kritiker argumentieren, dass Steuerpolitik besser in den Händen der **Nationalstaaten** bleibt, die besser auf **bedarfsgerechte Lösungen** eingehen können.

Die **Steuervermeidung** durch die Verlagerung von Vermögen in andere Länder und die **hohen bürokratischen Hürden** sind ebenfalls Themen, die in der Diskussion immer wieder auftauchen. Letztlich wird auch die Frage gestellt, ob eine **Zusatzbelastung** durch neue Steuern in Zeiten ohnehin bereits hoher Staatsausgaben der richtige Weg ist. Stattdessen plädieren einige Teilnehmende für mehr **Ausgabendisziplin** und gezielte Reformen innerhalb bestehender Strukturen.:

4.2 Vorschlag 2: EU-weite Garantie eines Mindestmaßes an Sozialleistungen

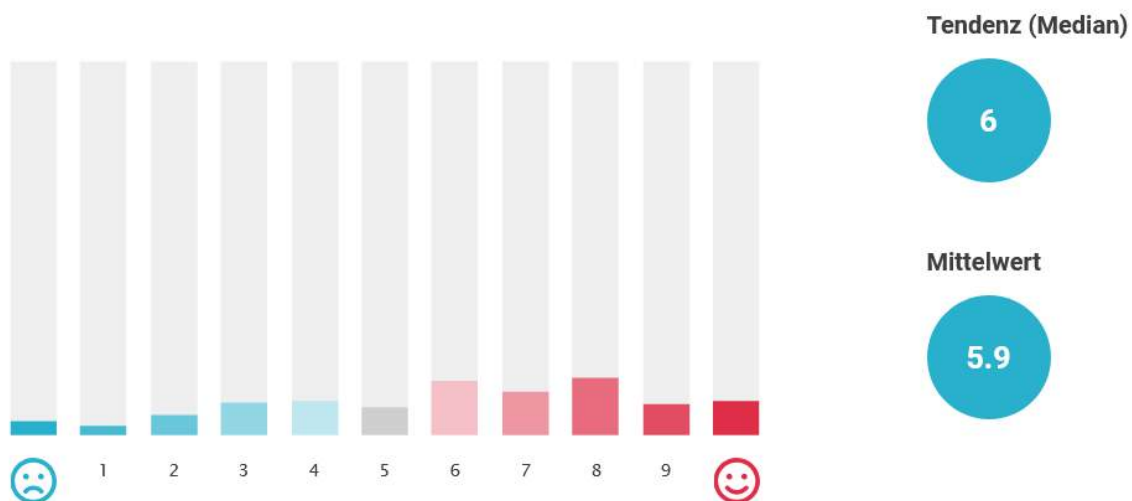
Frage:

Soll die EU ein Mindestmaß an Sozialleistungen, z. B. bei Elternzeit, Arbeitslosengeld und Renteneintrittsalter, garantieren?

Die Teilnehmenden äußerten sich zu diesem Vorschlag eher **zurückhaltend**, aber dennoch zustimmend. Der **Mittelwert** der Abstimmung lag bei **5,9**, was eine gewisse Skepsis gegenüber einer verpflichtenden EU-weiten Regelung widerspiegelt. Der

Medianwert lag bei **6**, was darauf hindeutet, dass viele Teilnehmende sich eher in der Mitte des Zustimmungsspektrums positionierten.

Am häufigsten wurde eine **8** vergeben, was eine deutliche Tendenz zur Unterstützung des Vorschlags anzeigt, allerdings mit einer gewissen Zurückhaltung hinsichtlich einer vollständigen EU-Verpflichtung.



Die Teilnehmenden der 10. Runde der Europäischen HausParlamente brachten eine Vielzahl von **eigenen Argumenten** ein, die die Debatte bereicherten und vertieften.

Pro-Argumente

Ein zentrales **Pro-Argument** für die stärkere Rolle der EU im Bereich Sozialleistungen ist die **Verbesserung des Ansehens der EU**. Insbesondere Bürger:innen, die die EU bislang eher als Projekt für Eliten und Konzerne wahrnehmen, würden durch sozialpolitische Maßnahmen eher das Gefühl bekommen, dass die EU auch die **Interessen der breiten Bevölkerung** wahrnimmt.

Zudem wurde die **Harmonisierung der sozialpolitischen Maßnahmen** als Möglichkeit genannt, die **Bürokratie zu verringern**, insbesondere angesichts der **Arbeitnehmerfreizügigkeit** und der EU-weiten Tätigkeit von Unternehmen. Eine stärkere **EU-Agenda im Kampf gegen Armut** und für **Chancengerechtigkeit** könnte zudem sicherstellen, dass diese Themen nicht von den **politischen Entwicklungen** und den **finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedsländer** abhängig sind.

Einige Teilnehmende brachten auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung ein: So wurde die Idee diskutiert, die Höhe der Sozialleistungen prozentual am **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** eines Landes zu ermitteln, um eine faire Verteilung zu gewährleisten.

Contra-Argumente

Auf der anderen Seite wurden **kritische Stimmen** laut, die eine **sozialpolitische Harmonisierung auf EU-Ebene** als problematisch betrachteten. Die Einführung und Finanzierung der **Leistungsverbesserungen** würde **hohe Ausgaben** verursachen, die besonders **ärmere Mitgliedsländer** belasten könnten, was eine zusätzliche **Finanzierung durch die EU** erforderlich machen würde.

Ein weiteres **Kritikpunkt** war, dass eine **Umverteilung von Geldern** zwischen den Mitgliedsländern die „**Zahlmeister**“-**Rolle** der reicheren Länder weiter verstärken und **nationalistische Tendenzen** anheizen könnte, indem die Parole „**My nation first**“ noch mehr Zuspruch finden würde.

Bedenken gab es auch hinsichtlich der **persönlichen Lebensgestaltung** der Bürger:innen, z.B. im Bereich **Elternzeitregelungen** oder **Gewerkschaftsvereinbarungen**, die stark von den **nationalen Gegebenheiten** abhängen. Es wurde befürchtet, dass nationale **Familienstrukturen** und **Branchenabsprachen** durch EU-weite Regelungen **eingeschränkt** werden könnten. Ebenso gab es die Sorge, dass durch eine **einheitliche EU-Sozialpolitik** in Ländern mit hohem Standard möglicherweise ein **Absinken der Sozialleistungen** in Ländern mit höheren Standards drohen könnte.

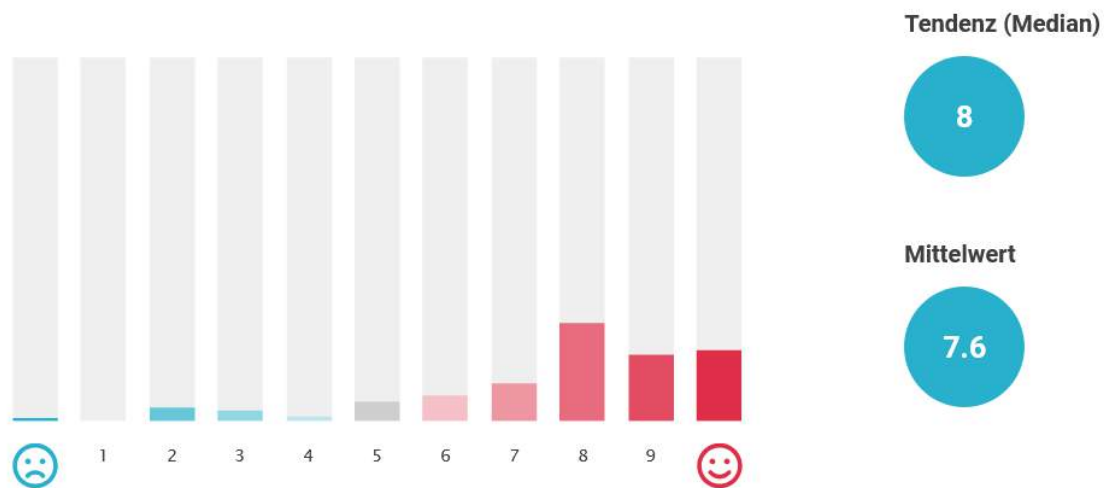
4.3 Verstärkte EU-Förderung von Sprunginnovationen

Frage:

Soll die EU die Förderung von Sprunginnovationen, wie z. B. im Bereich künstlicher Intelligenz, verstärkt übernehmen?

Die Abstimmung zu diesem Vorschlag zeigt eine **deutliche Zustimmung** der Teilnehmenden. Der **Mittelwert** der Abstimmung liegt bei **7,6**, was eine überwiegende Unterstützung für eine verstärkte EU-Initiative zur Förderung von Innovationen widerspiegelt. Auch der **Medianwert** von **8** unterstreicht, dass die Mehrheit der Teilnehmenden diesem Vorschlag positiv gegenübersteht.

Am häufigsten wurde mit einer **8** abgestimmt, was eine starke, aber nicht uneingeschränkte Zustimmung zeigt. Es ist deutlich, dass viele Menschen der EU durchaus zutrauen, in zukunftsweisende Technologiebereiche wie die künstliche Intelligenz stärker zu investieren.



Auch bei der Frage der verstärkten **Förderung von Sprunginnovationen** durch die EU brachten die Teilnehmenden eine Vielzahl von **eigenen Argumenten** ein, die die Diskussion bereicherten.

Pro-Argumente

Ein zentrales **Pro-Argument** für die EU-weit koordinierte Förderung von Innovationen ist die **Bündelung europäischer Ressourcen** und **Investitionskapazitäten**, die eine **schnellere Entwicklung** und **Skalierung** von Zukunftstechnologien ermöglichen würde. Besonders hervorgehoben wurde die Möglichkeit, ein **europäisches Pendant zur amerikanischen DARPA** (Defense Advanced Research Projects Agency) zu schaffen. Ein solches Projekt würde nicht nur eine starke **europäische Innovationsagenda** symbolisieren, sondern auch ein Zeichen für europäische **Ambition** und **Stärke** in Zeiten zunehmender **globaler Konkurrenz** setzen.

Einige Teilnehmende betonten, dass die Schaffung einer leistungsfähigen **europäischen Innovationsagentur** ein entscheidender Schritt zur **Wertschöpfung** in der EU und damit zu einer **wirtschaftlich und sozial starken Union** wäre. Die **Kompetenzbündelung** in dieser Agentur könnte helfen, **Beratung, Know-how** und **Risiko-Kapital** zu organisieren und auf europäischer Ebene besser zu koordinieren.

Contra-Argumente

Auf der anderen Seite gab es jedoch **kritische Stimmen**, die die Schaffung einer **zentralen Innovationsagentur** als **ineffizient** und mit zu hohem **Bürokratieaufwand** verbunden sahen. Es wurde argumentiert, dass **Innovation** meist direkt in **universitären Einrichtungen** und **Unternehmen** stattfindet und diese **direkt gefördert** werden sollten, ohne dass eine große **Bürokratie** dazwischen geschaltet wird.

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die **zentralisierte Förderung** von Innovationen durch die EU **dem Prinzip der Subsidiarität** widerspreche, da **lokale, regionale** oder **nationale Stellen** oft besser in der Lage sind, **Sprunginnovationen** zu erkennen und zu fördern. Eine EU-weite Innovationsagentur könnte zudem als **überambitionierte Symbolpolitik** wahrgenommen werden, die von der **tatsächlichen Notwendigkeit** einer **zielgerichteten Förderung** ablenkt.

Schließlich wurde auch die **Vielfalt an Sicherheitsbedürfnissen** innerhalb der Mitgliedsländer als Problem genannt: **Sicherheitsbedürfnisse** sind **national sehr unterschiedlich**, weshalb ein einheitlicher **Förderrahmen** möglicherweise nicht allen Bedürfnissen gerecht wird.

4.4 Überfrage: Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bekommen?



Die Ergebnisse zur Überfrage spiegeln eine überwältigende Zustimmung wider. Mit **77,4 %** der Stimmen sprachen sich die Teilnehmenden deutlich dafür aus, der EU eine größere Verantwortung in der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu übertragen.

16,4 % der Abstimmenden enthielten sich, während der Rest der Teilnehmenden (weniger als 6 %) die Frage ablehnten.

Dieses klare Votum lässt darauf schließen, dass eine große Mehrheit der Bürger:innen der EU mehr Einfluss und Handlungsspielraum bei der Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Zukunft zutraut. Es ist ein starkes Signal an die politischen Entscheidungsträger:innen, dass eine größere europäische Verantwortung in diesen Bereichen gewünscht wird.

5. Zusammenfassung

Die 10. Runde der Europäischen HausParlamente war ein voller Erfolg – und das nicht nur aufgrund der Teilnehmerzahl und der spannenden politischen Debatten, sondern vor allem wegen der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, die mit viel Leidenschaft und Kreativität ihre Gedanken und Meinungen eingebracht haben. Über 200 Teilnehmer:innen aus Europa haben sich die Zeit genommen, sich intensiv mit zentralen europäischen Themen auseinanderzusetzen, ihre Stimmen zu erheben und gemeinsam an einer europäischen Zukunft zu arbeiten.

Die Diskussionen, die in den Europäischen HausParlamente entstanden sind – sei es in kleinen Gruppen bei einem gemütlichen Treffen zu Hause, an einem kreativen Ort wie einem Café oder sogar online im digitalen Raum – haben nicht nur zu wichtigen Abstimmungsergebnissen geführt, sondern auch dazu, dass die Teilnehmer:innen in einer offenen und respektvollen Atmosphäre neue Perspektiven auf europäische Herausforderungen und Lösungen entwickelt haben. Die Einbeziehung von Bürger:innen in den politischen Prozess ist und bleibt ein zentrales Element unserer Demokratie, und genau das haben wir in dieser Runde erneut erlebt: echtes, niedrigschwelliges Engagement auf Augenhöhe.

Besonders erfreulich war, dass die Fragen, die in dieser Runde im Mittelpunkt standen – von der Einführung einer EU-weiten Vermögenssteuer bis hin zur Förderung von Sprunginnovationen in Europa – auf große Resonanz stießen. Hier zeigte sich deutlich, dass die Teilnehmenden nicht nur ihre Meinungen äußern, sondern auch echte Vorschläge für die Zukunft Europas machen wollten. Die Abstimmungsergebnisse zu den konkreten Vorschlägen und zur Überfrage **„Soll die EU eine größere Zuständigkeit bei der Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bekommen?“** unterstreichen ein starkes Interesse an einer proaktiveren Rolle der EU in sozialen und wirtschaftlichen Belangen. Dabei war es nicht nur die Vielzahl an Themen, die die Debatten prägte, sondern auch die

leidenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen – ein wunderbares Beispiel für gelebte Demokratie.

Das Besondere an den Europäischen HausParlamenten ist die Vielfalt der Menschen, die in den Dialog treten: Es wird ein Raum geschaffen, in dem die Teilnehmenden nicht nur Politiker:innen und Experten zuhören, sondern selbst aktiv mitgestalten können. In einer Zeit, in der europäische Politik oft als weit entfernt von den Sorgen und Nöten der Bürger:innen wahrgenommen wird, sind die Europäischen HausParlamente ein erfrischendes und unbedingt notwendiges Format, um den Dialog wieder zu stärken und die Bürger:innen direkt in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Dieser Austausch hat nicht nur spannende Diskussionen und Einsichten hervorgebracht, sondern vor allem auch gezeigt, wie viel Spaß und wie viel Engagement in einer Demokratie stecken kann, wenn Menschen sich wirklich mit dem Thema Europa beschäftigen. Es ist ein Format, das nicht nur politisches Wissen vermittelt, sondern auch Gemeinschaft fördert und das Gefühl von Zusammengehörigkeit in einer gemeinsamen europäischen Zukunft stärkt.

Abschließend lässt sich sagen: Die 10. Runde der Europäischen HausParlamente hat erneut ein starkes Signal gesendet. Die Bürger:innen Europas wünschen sich ein Europa, das sozialer, innovativer und handlungsfähiger wird – und sie sind bereit, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen. Die Ergebnisse der EHP sind ein wertvoller Beitrag zur politischen Debatte. Die positive Resonanz und das hohe Engagement der Teilnehmenden zeigen, dass das Format der EHP weiterhin ein unverzichtbarer Baustein europäischer Bürgerbeteiligung ist.

Wir freuen uns schon jetzt auf die nächste Runde – mit neuen Fragen, neuen Stimmen und dem gemeinsamen Ziel, Europa weiterzudenken.